



Kurzanalyse und Bewertung

WAHLPROGRAMM-CHECK THÜRINGEN

**Landtagswahl 2024: Welche Wahlprogramme
bringen die Energiewende voran?**

IMPRESSUM

WAHLPROGRAMM-CHECK
THÜRINGEN

Landtagswahl 2024: Welche
Wahlprogramme bringen die
Energiewende voran?

Erstellt durch:

RLS-Graduiertenkolleg
c/o Reiner Lemoine Institut gGmbH
Rudower Chaussee 12 | 12489 Berlin
Tel.: +49 30 1208 434 90
<https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/kolleg>

Layout und Grafiken: Edmund Obermeyer basierend auf Nadine Rossa |
Veröffentlicht im Juli 2024

Autor:innen: RLS-Graduiertenkolleg (Philipp Blechinger, Nubius Brandner, Philipp Diesing,
Martha Hoffmann, Tabea Katerbau, Edmund Obermeyer, Josephine Semb)

Über das RLS-Graduiertenkolleg

Das Team des RLS-Graduiertenkollegs forscht praxis- und anwendungsorientiert in enger Kooperation mit dem Reiner Lemoine Institut und den betreuenden Lehrstühlen an Fragestellungen der EnergieSystemWende. Es wird von einem Netzwerk mit Expert:innen aus Verbänden, Unternehmen und Forschungseinrichtungen unterstützt. Ziel des Kollegs ist es, systemische Hemmnisse der Energiewende besser zu verstehen und zielgerichtete Lösungen zu entwickeln, um ein Energiesystem mit 100 % Erneuerbaren Energien zeitnah möglich zu machen.

Bitte zitieren als:

Reiner Lemoine Kolleg (2024): WAHLPROGRAMM-CHECK THÜRINGEN, Landtagswahl
2024: Welche Wahlprogramme bringen die Energiewende voran? - Kurzanalyse und
Bewertung



*Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0
International Lizenz.*

INHALT

Landtagswahlen 2024: Die Energiewende voranbringen	4
Das Bundesland Thüringen.....	5
Worauf es ankommt: Elf energiepolitische Bewertungskriterien	7
Methodisches Vorgehen: Bewertung der Wahlprogramme	10
Wahlprogramm-Check Thüringen - Ergebnisse	11
Überblick	11
Die Linke.....	13
AfD.....	14
CDU.....	15
SPD.....	16
B90/Grüne.....	17
FDP.....	18
BSW.....	19
ANNEX	20

Landtagswahlen 2024: Die Energiewende voranbringen

Energiepolitik findet auf allen politischen Ebenen statt. Wichtige Ziele und Rahmenbedingungen werden auf europäischer Ebene entwickelt und für den gesamten EU-Binnenmarkt vorgegeben. Kommunale Entscheiderinnen und Entscheider stellen Weichen für die Identifikation von Flächen oder die Genehmigung von Projekten. Die Bundespolitik regelt maßgeblich die Spielregeln auf dem Energiemarkt und gibt nationale Ziele vor. Aber auch auf Landesebene wird entscheidend mitgesteuert, wenn es darum geht, die Energiewende in all ihren Facetten voranzubringen. Insofern sind auch die **Landtagswahlen 2024** und die Frage, wie sich Parteien im Vorfeld dieser Wahlen positionieren, **entscheidende Gradmesser für den weiteren Verlauf der Energiewende**.

Eine der zentralen Aufgaben der Energiepolitik ist es, das Energiesystem weiterzuentwickeln. Denn das Erneuerbare Energiesystem aufzubauen, gelingt nur über eine aktive **Transformation des Energiesystems**.¹ Die Bedingung für die Erreichbarkeit der Klimaneutralität ist unabdingbar verknüpft mit der **Energiewende bzw. der EnergieSystemWende**. Es verändern sich dabei nicht nur die Energieträger hin zu regenerativen Quellen, sondern das System als Ganzes. Waren es früher wenige Großkraftwerke, werden es zukünftig viele Millionen dezentraler Erzeuger sein, die im Lebensumfeld der Menschen sichtbar werden. Zudem werden auch der Verkehr und die Wärmeerzeugung zunehmend elektrifiziert und Speichertechnologien gewinnen an Bedeutung. All das stellt **neue Anforderungen** an die Gestaltung des Energiesystems.

Das Erneuerbare Energiesystem entsteht aber nicht von selbst. Es braucht politische Gestaltung. Grundlegend dafür ist anzuerkennen, dass der Energiemarkt nur entfesselt werden kann, wenn das Korsett des Konventionellen Energiesystems aufgebrochen und überwunden wird. Getragen von einer gesellschaftspolitischen Vision müssen die Grundlogiken des Energiesystems von der Zukunft hergedacht und grundlegend überarbeitet werden. Diese Systemtransformation braucht Zeit. Aber sie muss mutig und zügig angegangen werden. Damit diese Energiewende gelingen kann, müssen die richtigen Weichen gestellt werden.

Die **Ausbauraten der Erneuerbaren Energien** sind unter der sogenannten Ampel-Koalition (SPD, FDP, Grünen) wieder deutlich **nach oben gegangen** und 2023 wurde mit fast 52 % erstmals über die Hälfte des verbrauchten Stroms durch Erneuerbare Energieträger gedeckt. Überschattet wurden diese Erfolge allerdings durch die Energiekrise – ausgelöst durch den Krieg in der Ukraine – und den damit verbundenen Förderschub für Gasinfrastruktur. Außerdem ist die Transformation nicht in allen Sektoren erfolgreich, vor allem im Verkehrssektor werden weiter die Klimaziele verfehlt. Gleichzeitig haben die Diskussionen um das Gebäudeenergie-Gesetz und die steigenden Energiepreise zu einem Stimmungswandel in der Bevölkerung geführt, die **die Energiewende mehr in Frage stellt**.

Im Herbst 2024 stehen nun drei wichtige Landtagswahlen an. Hierbei bietet sich die Chance, die Energiewende auf Landesebene fortzusetzen. Um zu verstehen, mit welchen Forderungen und Ideen die Parteien ins Rennen um die Landtagswahlen gehen, haben wir den folgenden Wahlprogramm-Check für Thüringen erarbeitet.

¹ Mehr über die Veränderungen im Energiesystem und die Anforderungen, die sich an die Energiepolitik aus dem Erneuerbaren Energiesystems ergeben, finden Sie hier: <https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/aktivitaeten/#new-deal> und hier https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/pdf/RLS_Uebersichtsstudie_zur_EnergieSystemWende_2.pdf

Das Bundesland Thüringen

Überblick und politische Verhältnisse

Thüringen ist ein Bundesland in der Mitte Deutschlands, das für seine kulturelle und historische Bedeutung bekannt ist. Mit einer Fläche von etwa 16.000 Quadratkilometern gehört es zu den kleineren Bundesländern Deutschlands und hat rund 2,1 Millionen Einwohner:innen. Die Wirtschaft Thüringens ist vielfältig, wobei bedeutende Sektoren die Maschinenbauindustrie, die Optik- und Medizintechnik, die Ernährungswirtschaft und der Tourismus sind.

Der Termin für die Landtagswahl in Thüringen ist für den 1. September 2024 festgesetzt. Von den 2,1 Millionen Menschen, die in Thüringen leben, sind etwa 1,7 Millionen wahlberechtigt. Bei der letzten Landtagswahl am 27. Oktober 2019 lag die Wahlbeteiligung bei etwa 65 %.

Der Landtag Thüringens besteht aus 90 Abgeordneten von insgesamt fünf Parteien, die Sitze erhalten haben. Derzeitig teilen sich die Sitze folgendermaßen auf: Die Linke (29), CDU (21), AfD (18), SPD (8), B90/Grüne (5) und FDP (4) sowie fünf Fraktionslose. Nicht vertreten, aber in unserem Wahlprogramm-Check analysiert, ist das BSW. Bei der letzten Wahl wählten die Landtagsabgeordneten Bodo Ramelow (Die Linke) zum Ministerpräsidenten. 2019 wurde der FDP-Politiker Thomas Kemmerich überraschenderweise zum Ministerpräsidenten gewählt. Nach Kritik an seiner Wahl mit Hilfe von Stimmen aus der AfD trat Kemmerich als Ministerpräsident zurück. Anschließend wurde Bodo Ramelow erneut zum Ministerpräsidenten gewählt und seit dem 4. März 2020 gibt es wieder eine rot-rot-grüne Koalition.

Im Vorfeld der Wahl führt die AfD in den Umfragen zur Landtagswahl 2024 mit 29 % der Stimmen oder mehr. Die CDU wird auf 22 % und BSW auf 20 % geschätzt in den aktuellen Wahlumfragen, während die Linke ungefähr 14 % erhält. SPD, Grüne und FDP werden auf einstellige Werte geschätzt (7 %, 4 %, 2 %).²

Energieversorgung und Politik

Thüringen gehört zu den führenden Regionen in Deutschland bei der Nutzung von Windkraft und Solarenergie. Die zahlreichen Windparks und Solaranlagen tragen wesentlich zur Energieversorgung des Bundeslandes bei und unterstützen die Ziele der Energiewende. Darüber hinaus spielt die traditionelle Industrie mit großen Energieverbräuchen, insbesondere die Glas- und Keramikerstellung, noch eine bedeutende Rolle.

Im Oktober 2019 hat das Thüringer Kabinett die unter Federführung des Ministeriums für Umwelt, Energie und Naturschutz (TMUEN) eine Integrierte Energie- und Klimaschutzstrategie veröffentlicht³. Diese untermauert das Ziel einer klimaneutralen Energieversorgung unter anderem mit Zielen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz. Bis zum Jahr 2040 soll der Energiebedarf Thüringens bilanziell durch einen Mix aus Erneuerbaren Energien aus eigenen Quellen gedeckt werden. Das Thüringer Klimagesetz und die Integrierte Energie- und Klimaschutzstrategie geben den Rahmen für die Thüringer Energie- und Klimapolitik, setzen Leitplanken und sorgen für Verbindlichkeit.



Abbildung 1: Thüringen in Deutschland

² Stand vom 26.6.2024. Aktuelle Wahlumfragen gibt es hier: <https://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/thueringen.htm>

³ https://umwelt.thueringen.de/fileadmin/001_TMUEN/Unsere_Themen/Klima/Klimastrategie/20191015_Klimaschutzstrategie.pdf

Zahlen zur Energieversorgung

Im Jahr 2022 wurden in Thüringen 10.674 Gigawattstunden (GWh) Strom erzeugt. Dies entspricht einer Steigerung von 6,4 % gegenüber dem Vorjahr, wie das Thüringer Landesamt für Statistik mitteilt. Um den gesamten Strombedarf aller Verbraucher in Thüringen zu decken, wird auch Strom aus anderen Bundesländern bezogen. Im Jahr 2021 wurden 5.356 GWh Strom aus anderen Bundesländern importiert. Die Erzeugung von Ökostrom erhöhte sich um 13,9 %. Damit stieg der Anteil der Stromerzeugung aus **Erneuerbaren Energieträgern** auf **63,8 %**. Thüringen lag damit über dem Bundesdurchschnitt beim Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung. Wie **Abbildung 2** zeigt, ist der Anteil an Biomasse vergleichsweise hoch.

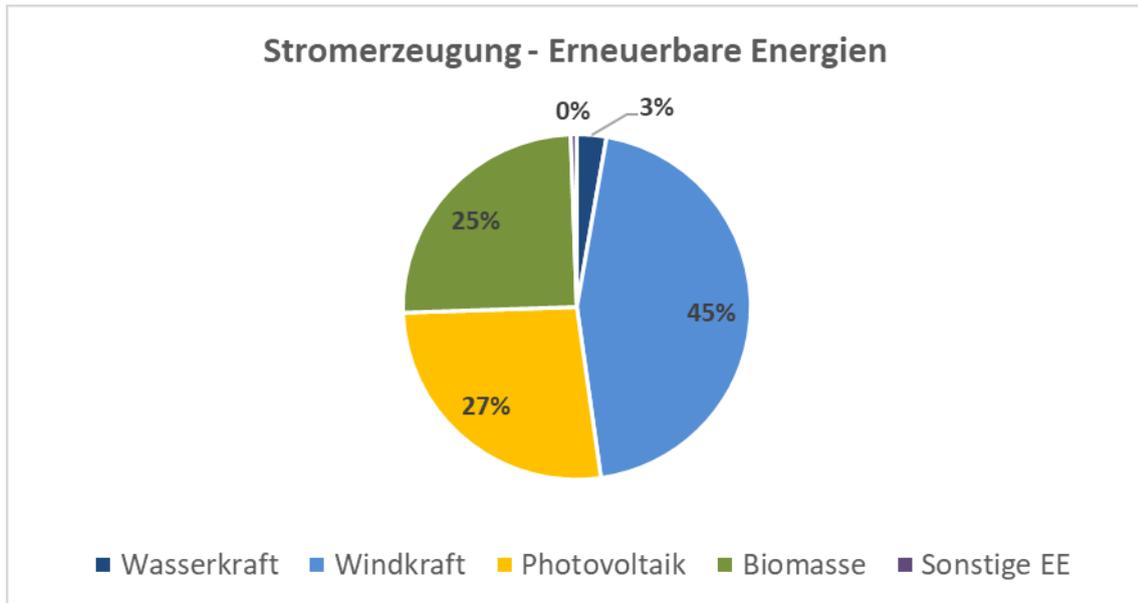


Abbildung 2: Aufteilung Erneuerbarer Energieträger Stromerzeugung für Thüringen 2022⁴

Der Blick auf den Stromsektor offenbart schon einen deutlichen Fortschritt in der Energiewende in Thüringen. Mit unserem Wahlprogramm-Check wird nun aufgezeigt, welche Parteien die Energiewende – über alle Sektoren – progressiv fortsetzen möchten.

⁴ https://statistik.thueringen.de/presse/2024/pr_026_24.pdf

Worauf es ankommt: Elf energiepolitische Bewertungskriterien

Damit die Gestaltung des Erneuerbaren Energiesystems gelingen kann, braucht es mehr als nur ambitionierte Ausbauziele. Es braucht Konzepte, Strategien und konkrete Maßnahmen. Dabei lassen sich wichtige Schwerpunkte festmachen: In einem Impulspapier haben wir, das Graduiertenkolleg der Reiner Lemoine Stiftung, die Themenkomplexe Flexibilität, Speichertechnologien, Soziale Teilhabe und Erneuerbare Mobilität als wichtige Themenbereiche analysiert und dazu Ende 2020 Ideen vorgelegt.⁵ Inspiriert von den Anforderungen, die sich in diesen Bereichen aus dem Zielmodell des Erneuerbaren Energiesystems ergeben, haben wir diese Ansätze aktuell neu gewichtet und **elf wesentliche Kriterien** herausgearbeitet, die wir für die Bewertung der Wahlprogramme zu den Landtagswahlen 2024 als am wichtigsten ansehen:



1. Vision Erneuerbares Energiesystem

Eine positive Erzählung zur Energiewende und zum Erneuerbaren Energiesystem.

Die Partei muss sich im Wahlprogramm zu einer positiven Erzählung zur Energiewende bekennen. Diese beinhaltet unter anderem die Förderung von Institutionen wie Landesagenturen, die Erneuerbare Energien unterstützen. Die Botschaft der nächsten Landesregierung muss lauten: Kommt, wir bauen das Erneuerbare Energiesystem. Sie muss diese Vision überzeugend vermitteln und unter eine klare Überschrift stellen, die die Fortsetzung der Energiewende als Mission benennt.



2. Ziele Ausbau und Ausstieg

Ambitionierte Ausbauziele für Erneuerbare Energien und klare Ausstiegsszenarien für das fossil-atomare Energiesystem.

Die Partei muss im Wahlprogramm ambitionierte Ausbauziele für Erneuerbare Energien festlegen. Ferner muss sie im Planungs- und Genehmigungsrecht progressiv agieren und die Flächenbereitstellung (insbesondere für Windenergie) voranbringen. Als neue Landesregierung muss sie zudem einen klaren Ausstieg aus Kohle und fossil-atomarer Energie in Angriff nehmen. Das bedeutet den Kohleausstieg für 2038 als Minimalziel zu sehen und diesen möglichst zu beschleunigen.



3. Beteiligung und Teilhabe

Mitwirkung an Energieprojekten und Energiepolitik.

Die Partei muss im Wahlprogramm die Mitwirkungsmöglichkeiten an Energieprojekten und an der Energiepolitik stärken. Teilhabe und Beteiligung müssen als wichtige Elemente der Energiewende anerkannt werden. Diese sollen nicht nur Kommunen, sondern auch Bürger:innen einbeziehen, z.B. in Form von Landesgesetzen für Beteiligung. Dazu gehört auch das Planungs- und Genehmigungsrecht von Energieprojekten im Sinne einer breiteren und frühzeitigeren Öffentlichkeitsbeteiligung zu erweitern. Diese kann durch Energiegenossenschaften, Bürgerenergie, mehr Akzeptanz für Erneuerbare Energien usw. verbessert werden.

⁵ https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/pdf/RLS_Impulspapier_Weichenstellungen_Ern_Energiesystem_Nov%202020_V2.pdf



4. Gerechte Energiewende

Solidarische Aufteilung von Kosten und Gewinnen.

Die Partei muss sich im Wahlprogramm zu einer gerechten und solidarischen Aufteilung von Kosten der Energiewende bekennen. Hier geht es etwa um die Abfederung von Härtefällen, die Umlagen von Sanierungskosten, die Neuausrichtung für faire Netzentgelte, und die Anerkennung von intersektionalen Realitäten, wie Energiearmut oder Identitätenbildung. Wichtig dabei ist, ob Maßnahmen gezielt solidarisch wirken und vulnerable Gruppen schützen.



5. Industriewende

Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft.

Die Partei muss sich im Wahlprogramm zu dem Umbau der Industrie in einer klimaneutralen Wirtschaft bekennen und Strategien zur Erreichung einer klimaneutralen Industrie hervorbringen. Diese beinhalten unter anderem die Elektrifizierung und die Nutzung von grünem Wasserstoff. Es muss von der neuen Landesregierung erkennbar sein, dass Erneuerbare Energien im Vordergrund stehen, und dass es konkrete regulatorische Ansätze für Förderungen und Maßnahmenvorschläge gibt.



6. Flexibles Strommarktdesign und Entgelte

Flexibilitätpotenziale und (dezentrale) Anreize.

Die Partei muss sich im Wahlprogramm klar zum Aufbau eines flexiblen Strommarkts bekennen. Dazu gehört auch die eindeutige Abkehr vom Kupferplatten-Ideal und die Anerkennung der Existenz von Engpässen im Stromsystem. Zudem muss der Zugang zu neuen Flexibilitätsmärkten für neue, auch kleinere, Akteure und Aggregatoren sichergestellt werden. Gerade auf Länderebene ist es wichtig, diese Punkte zumindest anzuerkennen und das Thema Netzentgelte auf die Tagesordnung zu bringen.



7. Progressive Wärmewende

Elektrifizierung und Erneuerbaren Energien in der Wärmewende.

Die Partei muss sich im Wahlprogramm klar zu einer progressiven Wärmewende bekennen. Dazu gehört die Forcierung der Elektrifizierung und Erneuerbaren Energien in der Wärmewende. Aber auch die Sanierung des Gebäudebestands, die Unterstützung des Gebäudeenergiegesetzes, die kommunale Wärmeplanung, und der Gasausstieg. Ferner muss die neue Landesregierung die Sektorenkopplung zwischen Wärme und Strom ermöglichen, damit, unter anderen, die Wärmeerzeugung zunehmend elektrifiziert wird.



8. Antriebs- und Treibstoffwende

Ablösung des fossilen Verbrennungsmotors durch die Elektromobilität und synthetische Kraftstoffe.

Die Partei muss sich im Wahlprogramm zur Antriebs- und Treibstoffwende bekennen und diese durch gezielte Maßnahmen und Instrumente einleiten. Dazu gehört vor allem die Abkehr vom Verbrennungsmotor durch Elektrifizierung und teilweise durch Wasserstoff (Schwerlast und Schiene). Dies beinhaltet unter anderem die Abschaffung veralteter Subventionen für fossile Kraftstoffe und die Umsetzung eines Verbots von Neuzulassungen mit Verbrennungsmotor mit der Ausnahme synthetischer Kraftstoffe. Wichtig für die Antriebswende sind auch Förderung von Elektrofahrzeugen und Ladeinfrastruktur.



9. Verkehrsverlagerung und -vermeidung

Alternativen zum motorisierten Individualverkehr wie ÖPNV und Verkehrsvermeidung.

Die Partei muss sich im Wahlprogramm zur Mobilitätswende bekennen. Wichtige Aspekte der Mobilitätswende sind Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung. Dazu gehören die Umstrukturierung des Steuersystems im Verkehrsbereich, neue Leitmotive in Stadt- und Regionalplanung sowie das Verbot von Kurzstreckenflügen. Ganzheitliche Energieeffizienz muss die oberste Prämisse der Verkehrspolitik werden. Weitere wichtige Aspekte der Verkehrsverlagerung und -vermeidung sind die Stärkung des ÖPNV, Fahrradwege und 15-Minuten-Quartiere und Städte.



10. Infrastruktur und Netze

Umbau der Gas- und Strominfrastruktur und des Stromnetzes.

Die Partei muss im Wahlprogramm den Umbau der Gas- und Strom-Infrastruktur und der Netze thematisieren und Vorschläge machen, wie diese Energiewende-freundlich umgestaltet werden kann. Dazu zählen Maßnahmen, die zum sicheren Betrieb eines Stromnetzes beitragen, in dem die Stromnachfrage zu 100 % aus Erneuerbaren Energien gedeckt wird.



11. Förderung von Grünem Wasserstoff

Wasserstoff als Teil der Energiewende.

Die Partei muss im Wahlprogramm ein klares Bekenntnis für die Rolle und Bedeutung von grünem Wasserstoff für die Energiewende festhalten und diesen als Teil der Energiewende gezielt fördern. Grüne Wasserstoffprojekte sollen sich vor allem auf die lokale Erzeugung und die Transportinfrastruktur fokussieren sowie auf lokale Märkte und die Förderung von Verbrauchern.

Methodisches Vorgehen: Bewertung der Wahlprogramme

Für die Analyse haben wir die in den Wahlprogrammen beschriebenen Maßnahmen und Ziele den elf Bewertungskriterien zugeordnet und anschließend geprüft, inwieweit diese den geforderten Handlungsempfehlungen genügen. Die Untersuchung wurde für die Landtagswahlprogramme in Sachsen, Thüringen und Brandenburg mit einer einheitlichen Methodik durchgeführt. Mit einem einfachen Noten-System wurden daraus die allgemeinen Bewertungen abgeleitet:

Tabelle 1: Bewertungskategorien für die Wahlprogramme

Illustration	Note	Erklärung
	1	Sehr gute Ansätze und Maßnahmen fördern konkret und umfassend die Fortsetzung der Energiewende.
	2	Gute Ansätze und Maßnahmen ermöglichen eine gute Fortsetzung der Energiewende.
	3	Befriedigende Ansätze und Maßnahmen für die teilweise Fortsetzung der Energiewende.
	4	Schwache Ansätze und Maßnahmen, die eher zu einer Stagnation der Energiewende führen.
	5	Ungenügend: die vorgeschlagenen Ziele und Maßnahmen reichen nicht aus oder sie sind sogar konträr zu den Erfordernissen für die Energiewende.
	NA	Das Themenfeld findet keine Erwähnung → es ist unklar, welche Maßnahmen geplant sind, da das Programm hierzu keine Aussagen macht.

Diese Bewertung nach den Schulnoten wurde anschließend bezüglich jeder Kategorie konkretisiert und noch mit Schlagworten verfeinert. Die konkrete Bewertungsmatrix ist im Anhang dargestellt. Diese Bewertungsmatrix war die Grundlage für eine transparente, vergleichbare und objektive Bewertung der Wahlprogramme.

Um die Objektivität sicherzustellen, ist das Team des RLS-Graduiertenkollegs folgendermaßen vorgegangen. Die 23 Wahlprogramme (AfD, B90/Grüne, BSW, CDU, FDP, FW, Linke, SPD für je drei Bundesländer Brandenburg, Thüringen und Sachsen⁶) wurden zufällig auf die Expert:innen verteilt. Jedes Wahlprogramm wurde hinsichtlich aller Kriterien bewertet und alle wesentlichen Passagen aus den Wahlprogrammen wurden pro Kriterium dokumentiert. Alle Wahlprogramme wurden vollständig gelesen und mit Hilfe der Schlagwörter durchsucht, sodass auch Aussagen außerhalb der Hauptkapitel zur Energiewende genutzt wurden. Nach der ersten Bewertungsrunde wurden die Bewertungen pro Kriterium entlang der Wahlprogramme aller Parteien überprüft und verglichen. Dabei wurden die gesammelten Passagen genutzt und anonymisiert, so dass keine unbewusste Bevorzugung / Benachteiligung einer Partei erfolgen konnte. Mit diesem sogenannten „Horizontalcheck“ wurde sichergestellt, dass keine ungleiche Bewertung der Wahlprogramme entlang einer Kategorie erfolgte.

⁶ Das Programm der FW Thüringen lag zum Redaktionsschluss (5.7.2024) der Analyse nicht vor.

Wahlprogramm-Check Thüringen: Ergebnisse

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse des Wahlprogramm-Checks für Thüringen präsentiert. Zuerst wird ein Überblick über die Ergebnisse aller Parteien gezeigt und verglichen. Anschließend werden die Details für jede einzelne Partei, absteigend sortiert nach den Ergebnissen der letzten Wahl, beschrieben.

Überblick

Die folgende **Abbildung 3** zeigt das Abschneiden der sieben analysierten Wahlprogramme entlang der präsentierten Kriterien (vgl. **Worauf es ankommt: Elf energiepolitische Bewertungskriterien**) sowie der Durchschnittsnote als Gesamtbewertung.

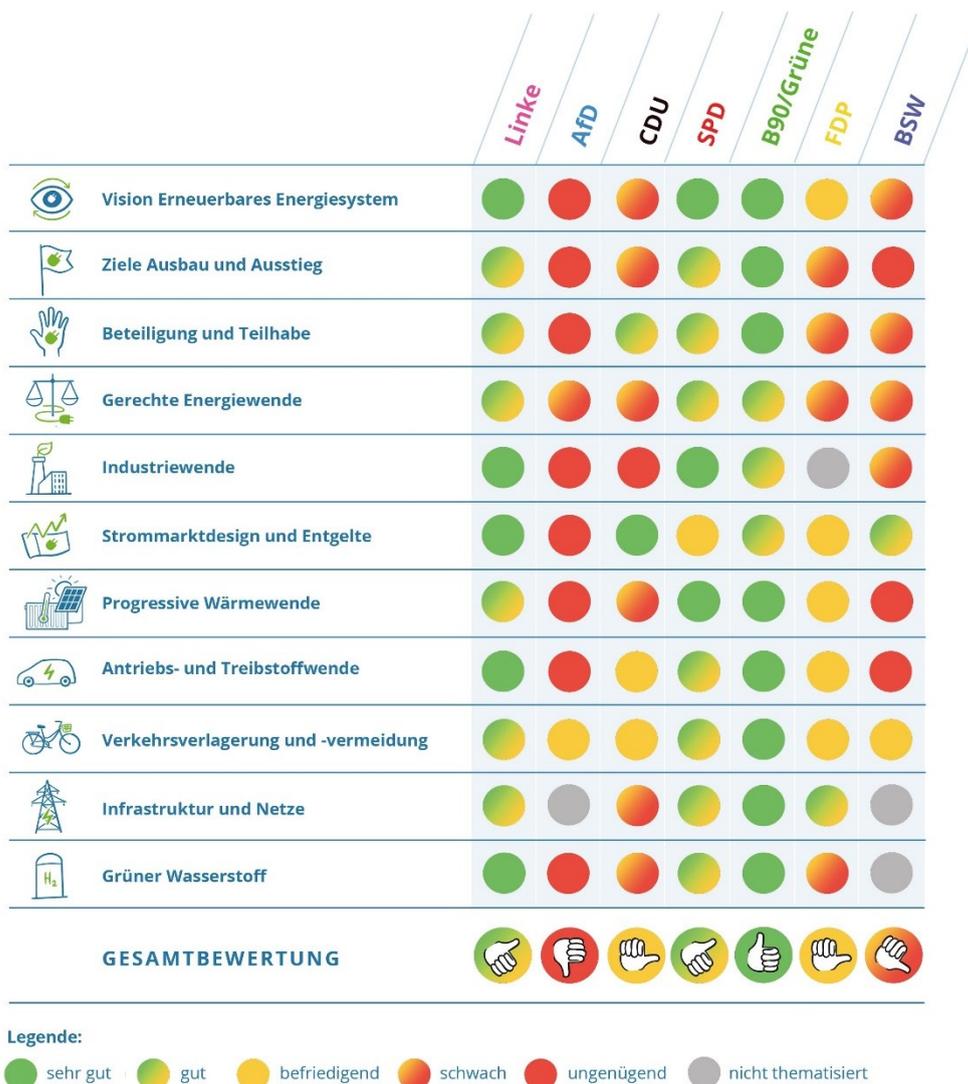


Abbildung 3: Überblick Ergebnisse Wahlprogramm-Check Thüringen

Der Gesamteindruck über alle Wahlprogramme ist gemischt. Nur drei Programme haben eine insgesamt sehr gute (B90/Grüne) bzw. gute (Linke und SPD) Bewertung erhalten. Es zeigt sich, dass nahezu alle Kriterien in beinahe allen Programmen diskutiert werden, wobei **Strommarktdesign und Entgelte, Verkehrsverlagerung und -vermeidung sowie Infrastruktur und Netze** über alle Programme hinweg am besten abschneiden.

Die **Linke** hat ein Wahlprogramm vorgelegt, das alle Aspekte der Energiewende fördert. Besonders positiv fällt das Konzept zur Industriewende und zum Strommarktdesign auf, das im Vergleich zu anderen Programmen am differenziertesten und umsetzbarsten erscheint.

Die **CDU** konnte in ihrem Wahlprogramm keinen überzeugenden Plan zur Energiewende vorlegen. Zwar werden Maßnahmen wie das Klimageld und eine Reform der Netzentgelte vorgeschlagen, die die Energiewende unterstützen könnten, jedoch fehlen klare Visionen und Ziele, insbesondere im Bereich der Wärme- und Industriewende. Die Atomkraft soll reaktiviert werden.

Das Wahlprogramm der **AfD** überzeugt nicht, da es aktiv darauf abzielt, die Energiewende zu verhindern und ihre Notwendigkeit in Frage zu stellen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien soll gestoppt und stattdessen auf Gas- und Atomenergie gesetzt werden.

Die **SPD** präsentiert ein Wahlprogramm, das einen positiven Beitrag zur Energiewende leistet. Allerdings gibt es Schwachpunkte im Bereich des Strommarktdesigns sowie der Infrastruktur und Netze.

Den **Grünen** gelingt es in ihrem Wahlprogramm, umfassende Ideen und Maßnahmen zur Förderung der Energiewende zu beschreiben. Besonders hervorzuheben sind die Konzepte zur Wärme- und Mobilitätswende, die im Vergleich zu anderen Parteien am überzeugendsten sind.

Die **FDP** zeigt in ihrem Wahlprogramm wenig förderliche Ansätze zur Energiewende. Besonders überrascht das Fehlen von Konzepten zur Industriewende. Zudem wird der Einsatz von Wasserstoff im Individualverkehr und zur Gebäudewärme, den die FDP befürwortet, in wissenschaftlicher Literatur als fragwürdig eingestuft.

Das Programm des **BSW** überzeugt in Bezug auf die Energiewende nicht. Es werden Positionen vertreten, die der Energiewende abträglich sind, insbesondere durch die Ablehnung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien und der Wärmewende. Zudem fehlt ein Plan zum Antriebswechsel in der Mobilitätswende.

Das Programm der **Freien Wähler (FW)** lag zum Redaktionsschluss (5.7.2024) der Analyse nicht vor und wird in dieser Bewertung nicht berücksichtigt.

Grundsätzlich zeigt sich, dass die Parteien sich in ihren Programmen größtenteils sehr ausführlich zu Energiethemen positionieren. **Energiepolitik ist eben auch Ländersache** und die Parteien versuchen, das **Gestaltungspotenzial auf Landesebene zu nutzen**. Dabei werden **unterschiedliche Ambitionen und Schwerpunkte gesetzt: Diese können die Energiewende fördern, aber auch hemmen**. Wie stark sich welche Programmatik durchsetzen und die Regierungsarbeit in der kommenden Legislaturperiode in Thüringen prägen wird, hängt letztlich jedoch wesentlich von den Stimmen der Wähler:innen ab.

Die Linke

Das Wahlprogramm der Partei **Die Linke** hat eine **gute Gesamtbewertung**. Dazu passt die **Vision**, dass die sozial-ökologische Transformation und die Energie- und Wärmewende schneller auf Ebene der Kommunen und des Landes umgesetzt werden muss, während gleichzeitig auf diverse Erneuerbare Energien gesetzt werden soll. Die im Wahlprogramm beschriebenen ambitionierten **Ziele**, die auch klare Ausbauszenarien beinhalten, weisen auch in diese Richtung, wobei kein Zieljahr für eine 100-% Erneuerbare Energieversorgung genannt wird.

Das Wahlprogramm schafft es, in den Bereichen **Vision, Industrie, Strommarktdesign, Wasserstoff und Mobilität/Antriebswende** **sehr gute** Positionen zur Erreichung der EnergieSystemWende zu beschreiben. Im Bereich Industriegewende gelingt es, im Wahlprogramm ein konkretes Maßnahmenpaket zu beschreiben, das direkt Dekarbonisierungsstrategien verschiedener Industriezweige und Berufsausbildungen benennt. Die anstehenden Herausforderungen im Bereich Strommarktdesign, namentlich Flexibilität und Netzentgelte werden erkannt. Die Relevanz von grünem Wasserstoff für die Energiewende wird benannt, und sowohl die nötige Infrastruktur als auch Erzeugung soll gefördert werden. Als Antwort „auf die Energie- und Klimakrise“ erfolgt ein klares Bekenntnis zur Mobilitätswende sowie der Antriebswende weg von fossilen Energieträgern. Eine Elektrifizierung insbesondere von ÖPNV und Güterverkehr soll gefördert werden.

Im Bereich **Ziele, Mobilität/Verlagerung und Vermeidung, Beteiligung, Teilhabe und Gerechtigkeit, Wärmewende sowie Infrastruktur und Netze** werden **gute** Ideen beschrieben. Die Antriebswende wird dabei ergänzt durch Strategien der Verkehrsverlagerung, insbesondere durch Förderung von Fahrradverkehr und ÖPNV, und eine Vermeidung wird mit dem Stichwort „15-Minuten Provinznetz“ angerissen. Es erfolgt ein Bekenntnis zur sozio-ökologischen Transformation, bei der für eine finanzielle Teilhabe von Kommunen und Anwohner:innen ein Beteiligungsgesetz vorgeschlagen wird, während ein Bürgerenergiefond die Beteiligung durch Energiegemeinschaften stärken und Beratungsangebote Planungsvorhaben unterstützen sollen. Es wird auf eine solidarische Aufteilung von Gewinnen, eine Reformierung der Netzentgelte und Energiearmut hingewiesen. Während in der Wärmewende ein Fokus auf Nah- und Fernwärmenetze und die kommunale Wärmeplanung gesetzt wird, fehlen Sanierungsstrategien. Im Bereich der Infrastruktur und Netze wird die räumliche und zeitliche Dimension von Stromerzeugung und -verbrauch erkannt.

Es gibt **keine Aspekte** der Energiewende, in der Die Linke in ihrem Wahlprogramm **befriedigende, schwache, ungenügende, oder keine Positionen** vertritt.

Im **Gesamteindruck** hat Die Linke es geschafft, ein Wahlprogramm zusammenzustellen, das **der Energiewende unterstützt**. Insbesondere das Konzept zur Industriegewende und zum Strommarktdesign tritt im Vergleich zu anderen Wahlprogrammen positiv hervor und scheint am differenziertesten verstanden und umgesetzt worden zu sein.

AfD

Das Wahlprogramm der Partei **Alternative für Deutschland (AfD)** hat die **Gesamtbewertung ungenügend**. Dazu passt die **Vision**, in der die Notwendigkeit der Energiewende hinterfragt, als Kostenbelastung dargestellt und als Bedrohung angesehen wird. Dementsprechend gehört zu den im Wahlprogramm beschriebenen **Zielen**, dass der Windenergie- und Solaranlagenausbau auf Bundesebene gestoppt und Gas- und Atomkraft weiter genutzt werden sollen.

Es gibt **keine Kategorien**, in der das Wahlprogramm **sehr gut** oder **gut** abschneidet.

Im Bereich **Verkehrsvermeidung und Verlagerung** beschreibt das Wahlprogramm **befriedigende** Ideen. Während PKW generell priorisiert werden, soll auch eine Förderung von Radverkehr und ÖPNV erfolgen, wobei bis auf eine kostenfreie Nutzung des ÖPNV für ausgewählte Personengruppen keine konkreten Maßnahmen vorgeschlagen werden. Zur Verkehrsvermeidung soll die öffentliche Nahversorgung ausgebaut werden, ohne dass konkrete Maßnahmen genannt werden. Im Bereich **Gerechte Energiewende** ist das Wahlprogramm **schwach**. Eine finanzielle Belastung von Familien wird angesprochen, was allgemein durch Steuersenkungen behoben werden soll.

In den Bereichen **Vision, Ziele, Beteiligung und Teilhabe, Industrie, Strommarktdesign, Wärmewende, Antriebs und Treibstoffwende und grüner Wasserstoff** ist das Wahlprogramm **ungenügend**. Beteiligung soll instrumentalisiert werden, Energiewendeprojekte zu verhindern. Ein Umbau der Industrie soll nicht forciert werden, das Strommarktdesign nicht im Sinne der Energiewende reformiert werden. Eine Wärmewende soll nicht stattfinden, Gesetzgebung zur Erhöhung der Effizienz oder zum Heizen werden abgelehnt oder sollen abgeschafft werden. Eine Mobilitätswende wird abgelehnt und der PKW als wesentliches Transportmittel bevorzugt. Die Nutzung von Wasserstoff wird in Frage gestellt, insbesondere, weil grüner Wasserstoff „die fragwürdige Windkraftindustrie voraussetzt“. Das Thema **Infrastruktur und Netze** wird im Wahlprogramm **nicht behandelt**.

Im **Gesamteindruck** kann die AfD mit ihrem Wahlprogramm nicht überzeugen, und **tritt aktiv dafür ein, die Energiewende zu verhindern**. Der Ausbau der Erneuerbaren soll verhindert, Kohle-, Gas- und Atomenergie weiter genutzt werden.

CDU

Das Wahlprogramm der Partei **Christlich Demokratische Union (CDU)** hat eine **befriedigende Gesamtbewertung**. Dazu passt eine **Energiewende-Vision**, in der zwar die Energiewende positiv bewertet wird, aber abgesehen von deren Wirtschaftlichkeit keine klare Zielvision verfolgt. Dazu passen auch die **Ziele**, Atomkraft wieder zu reaktivieren, den Anstieg des CO₂-Preises zu verlangsamen und den Ausbau der Erneuerbaren Energien anhand des Thüringer Energiebedarfs neu zu bewerten.

Sehr gute Ideen zeigen sich im Wahlprogramm in der Kategorie **Flexibles Strommarktdesign und Entgelte** im Vergleich zu anderen Programmen, da auf Bundesebene eine Vereinheitlichung der Verteilnetzentgelte vertreten wird, und eine Reform der Netzentgelte klar begründet und vertreten wird. Außerdem werden **gute Ideen** im Bereich **Beteiligung und Teilhabe** beschrieben: Es wird sich für ein Klimageld ausgesprochen, Energiegemeinschaften sollen gefördert und Kommunen an Gewinnen beteiligt und das Planungsrecht vereinfacht werden. Die Abschaffung des Verbandsklagerechts ist kritisch zu sehen.

Befriedigende Positionen werden im Wahlprogramm der CDU im Bereich **Mobilitätswende** beschrieben. Es erfolgt kein klares Bekenntnis zur Antriebswende. Technologieoffenheit wird auch auf eine Rücknahme des „Verbrennerverbots“, die Weiterentwicklung des Verbrennungsmotors und synthetische Kraftstoffe bezogen. Gleichzeitig sollen Förderungen für Elektromobilität und Wasserstoff erhalten bleiben. Verkehrsvermeidung wird nicht angesprochen, während der motorisierte Individualverkehr weiter als wichtiges Verkehrsmittel erhalten und entsprechend gefördert werden soll. Auf der anderen Seite wird Verkehrsverlagerung durch die Förderungen des Fahrradverkehrs und ÖPNVs bestärkt, wobei gute Ideen, aber keine konkreten Maßnahmen beschrieben werden.

Das Programm zeigt sich **schwach** in den Bereichen **Vision, Ziele, Gerechte Energiewende, Progressive Energiewende, Infrastruktur und Netze sowie Wasserstoff**. Ein klares Bekenntnis zur Berücksichtigung von Gerechtigkeit in der Energiewende fehlt, während finanzielle Belastungen von Haushalten angesprochen werden. In der Wärmewende wird ein Fokus auf Effizienz gelegt, wobei Gebäudesanierungen nur über Kreditprogramme der Thüringer Aufbaubank gefördert werden sollen. Das Gasnetz soll H₂-ready gemacht werden. Im Bereich Infrastruktur und Netze werden wichtige Aspekte wie Stabilität, Ausbau der Orts- und Verteilnetze, Speicher und Sektorenkopplung erkannt, doch durch die Reaktivierung der Atomkraft wird einem Umbau zum Erneuerbaren Energiesystem systemisch entgegengewirkt. Eine Wasserstoffinfrastruktur soll aufgebaut werden, doch fehlen die konkreten Anwendungsbereiche, Förderungen und Hochlaufstrategien, während gleichzeitig kein Bekenntnis zur Nutzung von grünem Wasserstoff erfolgt.

Im Bereich **Industrie** ist das Wahlprogramm **ungenügend**: Eine klimaneutrale Industrie wird nicht angestrebt und die einzelnen Maßnahmen sind eher inkrementeller Natur und nicht geeignet für Netto-Null-Emissionen. Es gibt **keine Aspekte** der Energiewende, in der im Wahlprogramm **keine Position** vertreten wird.

Im **Gesamteindruck** kann die CDU in ihrem Wahlprogramm **keinen einen überzeugenden Plan zur Energiewende präsentieren**. Während sich zum Beispiel mit dem Klimageld und einer Reform der Netzentgelte für Maßnahmen ausgesprochen wird, die die Energiewende unterstützen können, stehen diesem gleichzeitig fehlende Visionen und Ziele gegenüber, die insbesondere im Bereich Wärme- und Industriegewende wenig ambitioniert erscheinen. Mit der Reaktivierung der Atomkraft wird die Abkehr vom fossil-atomaren Energiesystem in Frage gestellt.

SPD

Das Wahlprogramm der **Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)** erzielt die **Gesamtbewertung gut**. Dazu passt eine **Vision**, die auch die Chancen der für den Klimaschutz nötigen Veränderungen sieht, und auf regenerative Energieerzeugung setzt. Umgesetzt wird dies durch die **Ziele** einer beschleunigten Energiewende, einer Novellierung des Thüringer Klimagesetzes mit konkreten Schritten, und mit einem konkreten und ambitionierten Ausbauziel für Windenergie.

Dabei präsentiert die SPD in ihrem Wahlprogramm **sehr gute Ideen** im Bereich **Vision, Wärmewende, und Industrie**. In der Wärmewende soll mit Effizienzsteigerungen, wofür auch Sanierungsförderungen geplant sind, einem einkommensgestaffelten Heizungstauschbonus und, mit Unterstützung der Kommunen, ein klimaneutraler Gebäudesektor bis 2040 erreicht werden. Für die Industrie soll räumliche Nähe zu Erneuerbarer Energieerzeugung und eine Wasserstoffinfrastruktur geschaffen werden, während gleichzeitig der Ausbildungsbedarf von Fachkräften anerkannt und adressiert wird.

Die beschriebenen **Ziele** und Positionen zu **Beteiligung, Teilhabe und Gerechtigkeit, Mobilitätswende sowie Wasserstoff** wurden **gut** bewertet. Das Wahlprogramm umfasst verschiedene sowohl partizipative als auch soziale und wirtschaftliche Teilhabe und zielt darauf ab, Energiegenossenschaften zu stärken. Es erfolgt ein generelles Bekenntnis zur sozial gerechten Energieversorgung, wobei die benannten Aspekte finanzieller Natur bleiben: Stärker belastete Haushalte werden anerkannt, und ein Finanzierungstopf für Sanierungen soll eingerichtet werden. In der Mobilitätswende werden sowohl Antriebswende als auch Verlagerung und Vermeidung adressiert: dabei sollen Bahnstrecken elektrifiziert und Ladeinfrastruktur für den motorisierten Individualverkehr ausgebaut werden. Alternativen zum motorisierten Individualverkehr werden explizit unterstützt, wofür der ÖPNV gestärkt und für autonome Mobilitätskonzepte auch das 5-G Mobilfunknetz ausgebaut werden soll. Für grünen Wasserstoff soll eine Infrastruktur aufgebaut werden, wobei keine konkreten Maßnahmen vorgeschlagen werden.

Befriedigend sind die Ideen im Bereich **Strommarktdesign und Infrastruktur und Netze**. Das Strommarktdesign wird dabei nur sehr kurz adressiert, aber Flexibilität, Speicherbedarf und Dezentralisierung erwähnt. Im Bereich Infrastruktur wird die räumliche und zeitliche Abhängigkeit von Erzeugung und Verbrauch hervorgehoben, Energiespeicher und Netzausbau sowie Sektorenkopplung kurz erwähnt.

Es gibt **keine Aspekte** der Energiewende, in der im Wahlprogramm **keine Position** vertreten wird.

Im **Gesamteindruck** kann die SPD mit ihrem Wahlprogramm einen **positiven Beitrag zur Energiewende** vermitteln, wobei Schwachpunkte im Bereich Strommarktdesign und Infrastruktur und Netze zu finden sind.

B90/Grüne

Das Wahlprogramm der Partei **Bündnis 90/Die Grünen** erzielt die **Gesamtbewertung sehr gut**. Dazu passt die **Vision**, dass die „Versorgung mit Erneuerbarer Energie und Wärme [...] das Ziel und die Grundvoraussetzung für den Klimaschutz“ sein soll. Die Vision wird unterstützt durch konkrete **Ziele** in Form von Ausbaumaßnahmen und Ausstiegsszenarien, z.B. in Form des klimaneutralen Stromsystems bis 2035 und Klimaneutralität Thüringens bis 2040.

Dabei präsentiert die Partei in ihrem Wahlprogramm in den Bereichen **Vision, Ziele, Beteiligung und Teilhabe, Wärmewende, Mobilitätswende, Infrastruktur und Netze und Wasserstoff** **sehr gute** Ideen. Das Wahlprogramm bestärkt die wirtschaftliche Teilhabe an der Energiewende, aber auch die Stärkung der partizipativen und sozialen Teilhabe sowie Energiegemeinschaften. Im Bereich Wärmewende soll ein breites Förderprogramm für Sanierungen und Heizungstausch aufgesetzt und Kommunen in der Planung unterstützt werden. Es werden sowohl Wärmenetze als auch die Elektrifizierung des Wärmesektors beschrieben. Für die Mobilitätswende wird sowohl auf Antriebswende, Verkehrsverlagerung und -vermeidung gesetzt. Dafür sollen Bahnstrecken, Schwerlastverkehr und ÖPNV elektrifiziert und Elektromobilität sowie Ladeinfrastruktur ausgebaut werden. Gleichzeitig soll der ÖPNV, Rad- und Fußverkehr gefördert und vergünstigte Tickets für ausgewählte Gruppen bereitgestellt werden. Verkehrsvermeidung durch autofreie Zonen sowie öffentliche Infrastruktur, auch im Zusammenhang mit der 15-Minuten-Stadt, werden genannt. Das Thema Infrastruktur und Netze wird ambitioniert angegangen, indem sowohl die Gas-, Wärme, und Strominfrastruktur berücksichtigt als auch Energiespeicher adressiert werden. Die Umstellung von Erdgasleitungen auf grünen, lokal erzeugten Wasserstoff und dessen Rolle in der Industrie sowie zur Netzstabilisierung wird beschrieben.

In den Bereichen **Gerechte Energiewende, Industrie und Strommarktdesign** beschreibt das Programm **gute** Ansätze. Es wird ein differenziertes Gerechtigkeitsbild gezeichnet, in dem auch eine Verteilung der Klimafolgen erwähnt werden und Wärme als Grundbedürfnis anerkannt wird. Es werden Maßnahmen erwähnt, die je nach Ausgestaltung für eine gerechtere Kostenverteilung sorgen können. Die Einführung eines CO₂-Schattenpreises in der Wirtschaftlichkeitsberechnung ist ein guter Ansatz, um Generationengerechtigkeit zu institutionalisieren. Im Bereich Industrie sind gute Ansätze und eine Strategie für die Dekarbonisierung und Ausbildung erkennbar, aber es fehlen die Maßnahmen für konkrete Industriezweige. Das Thema Strommarktdesign wird durch das Thema Flexibilität, Dezentralität und Netzentgelte angesprochen, wobei konkrete Maßnahmen fehlen.

Es gibt **keine Aspekte** der Energiewende, in der die Partei in ihrem Wahlprogramm **befriedigende, schwache, ungenügende, oder keine Positionen** vertritt.

Im **Gesamteindruck** gelingt es der Partei B90/Grüne mit ihrem Wahlprogramm, Ideen und Maßnahmen zu beschreiben, die **der Energiewende in allen Aspekten förderlich** sind und ein **ganzheitliches Konzept zur Energiewende darstellen**. Im Vergleich zu anderen Parteien sind die Konzepte zur Wärme- und Mobilitätswende besonders hervorzuheben.

FDP

Das Wahlprogramm der **Freien Demokratischen Partei (FDP)** erzielt eine **befriedigende Gesamtbewertung**. Dazu passt eine **Vision** von der Energiewende, die insbesondere deren Wirtschaftlichkeit in den Fokus setzt. Um die grüne Transformation zu erreichen, werden verschiedene **Ziele** definiert, namentlich die Bildung eines Energieministeriums, wobei sowohl der Windkraftausbau und der Kohleaustritt erschwert werden und „ideologische“ Ausbauziele abgelehnt werden sollen.

Nur im Bereich **Infrastruktur und Netze** kann die FDP **gute** Ideen mit ihrem Wahlprogramm kommunizieren. Netzstabilität wird als Aufgabe erkannt, und Erneuerbare Energien soll eine Rolle für Stabilisierung zukommen, wobei ein klares Bekenntnis zu 100% regenerativer Energie fehlt. Die Rolle von Dezentralität, Netzausbau und Speichern wird erkannt.

In den Bereichen **Vision, Strommarktdesign, Wärmewende und Mobilitätswende** präsentiert die FDP **befriedigende** Ansätze. Im Bereich Strommarktdesign werden allgemeine Strompreisvergünstigungen angesprochen, und eine Begrenzung regionaler Netzentgeltbelastungen gefordert, ohne dass weiter darauf eingegangen wird. Im Bereich Wärmewende erkennt die FDP in ihrem Wahlprogramm Finanzierung und Effizienzsteigerungen an, setzt allerdings auf Wasserstoff im Gebäudesektor, was weder einer Erneuerbaren Wärmewende noch einer hinreichenden kostengünstigen und effizienten Sektorenkopplung entspricht. Bei der Mobilitätswende behält die FDP im Wahlprogramm den Grundsatz der Technologieoffenheit bei und sieht in der Zukunft sowohl E-Mobilität, Wasserstoff, E-Fuels und Dieselfahrzeuge im Wettbewerb und möchte Straßenbau priorisieren. Im Bereich Verkehrsverlagerung werden ÖPNV, Radverkehr und Sharing-Angebote allgemein unterstützt und auch die Attraktivität des ländlichen Raumes soll gestärkt werden. Konkrete Maßnahmen werden nicht genannt.

Im Vergleich sind die Bereiche **Ziele, Beteiligung, Teilhabe und Gerechtigkeit sowie Wasserstoff schwach**. Eine partizipative Beteiligung wird nicht hervorgehoben und die Generationenbilanzierung für Gesetzesvorhaben beschränkt sich nur auf eine Wirtschaftlichkeitsanalyse. Eine Entlastung von stärker belasteten Haushalten steht nicht im Fokus und allenfalls soll eine Gießkannen-Entlastung stattfinden. Sanierungsstandards werden mit der Argumentation steigender Mieten in Frage gestellt. Eine Wasserstoffinfrastruktur wird erwähnt, wobei zudem keine Strategie erkennbar ist, die Erzeugungsseite nicht ausgeführt und die Wasserstoffnutzung im Individualverkehr und für Gebäudewärme fragwürdig sind. Eine wichtige Verwendung von Wasserstoff in der Industrie wird nur am Rande erwähnt.

Es gibt **keine Aspekte**, die **ungenügend** bewertet werden, aber im Bereich **Industrie** beschreibt die FDP **keine Ideen** in der Energiewende.

In der **Gesamtbewertung** präsentiert die FDP **kein Wahlprogramm, dass der Energiewende förderlich ist**. Insbesondere die fehlenden Ansätze zur Industriegewende überraschen. Der priorisierte Einsatz von Wasserstoff im Individualverkehr und für die Gebäudewärme ist fragwürdig.

BSW

Das Wahlprogramm des **Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)** ist in der **Gesamtbewertung schwach**. In der **Vision** wird der Klimawandel zwar anerkannt, die Möglichkeit der Energiewende mit den zur Verfügung stehenden Technologien aber bezweifelt. Es werden **Ziele** zum Ausbau der Windkraft angezweifelt und keine Ausstiegsszenarien aus fossilen Energien beschrieben.

Dabei vertritt die Partei in ihrem Wahlprogramm **gute** Ansätze im Bereich **Strommarktdesign**. Dabei sollen die Netzentgelte reformiert werden und die Eigenstromerzeugung für Unternehmen gefördert werden.

Die Partei vertritt in ihrem Wahlprogramm **befriedigende** Positionen zum Thema **Mobilitätswende/Verlagerung und Vermeidung**. Dabei setzen sie nicht auf Verkehrsvermeidung, aber eine Verlagerung durch eine Stärkung des ÖPNVs und Radverkehrs.

Es werden nur **schwache** Ideen in den Bereichen **Vision, Beteiligung, Teilhabe und Gerechtigkeit und Industrie** präsentiert. Eine finanzielle Teilhabe an der Energiewende wird begrüßt, wobei ein Bekenntnis zur Beteiligung schwach ist. In Bezug auf Gerechtigkeit werden finanzielle Aspekte am Rande erwähnt, namentlich eine Angleichung der Netzentgelte und eines vergünstigten Mobilitätstickets für ausgewählte Gruppen beschrieben. Für die Industrie soll ein Expertenrat die Herausforderungen der Transformation betrachten.

In den Bereichen **Ziele, Wärmewende und Mobilität/Antriebswende** werden **ungenügende** Positionen vertreten. Für die Wärmewende werden Vorgaben grundsätzlich abgelehnt und eine technologieoffene Wärmeerzeugung gefordert. Die Antriebswende wird nicht explizit abgelehnt, wobei Forschung in synthetische Kraftstoffe gefördert werden sollen.

Im Wahlprogramm finden sich **keine Aussagen** zu den Punkten **Infrastruktur und Netze sowie Wasserstoff**.

In der **Gesamtbewertung kann das Programm** der BSW zur Energiewende nicht überzeugen. Es werden **zum Teil** der Energiewende **abträgliche Positionen** vertreten, insbesondere, weil der Ausbau der Erneuerbaren und die Wärmewende abgelehnt und kein Plan zur Mobilitätswende beschrieben wird.

ANNEX

#	Kriterium	Leitfragen	Sehr gut	Befriedigend	Ungenügend	NA	Schlagwörter
1	Vision: Eine positive Erzählung zur Energiewende und zum Erneuerbares Energiesystem	Wird ein positives Bekenntnis im Wahlprogramm erkennbar? Werden Institutionen wie Landesagenturen gefördert, die dies unterstützen? Werden EE als Erfolg und neue Normalität dargestellt?	Das Wahlprogramm lässt erkennen, dass ein neues energiepolitisches Projekt in Richtung Erneuerbares Energiesystem gestartet werden soll.	In einzelnen Bereichen werden Ideen für die Energiewende und für das Erneuerbare Energiesystem beschrieben, allerdings ohne ein visionäres Gesamtpaket zu präsentieren.	Das Wahlprogramm beschreibt hinsichtlich der Energiewende und dem Erneuerbaren Energiesystem maximal ein „Weiter so“.	Es wird keine Aussage zur Energiewende oder zum Erneuerbaren Energiesystem getroffen	Energiewende; Erneuerbare Energie; Energiesystem; Landesagentur; EEG; GEG
2	Ziele: Ambitionierte Ausbauziele für Erneuerbare Energien und klare Ausstiegsszenarien für fossil-atomare	Werden ambitionierte Ausbauziele für Erneuerbare Energien für das Bundesland benannt und ein klarer Ausstieg aus Kohle und Co in Angriff genommen? Wird progressiv agiert und die Flächenbereitstellung (insbesondere für Windenergie) vorgebracht?	Ambitionierte Ausbauziele für Erneuerbare Energien und Klare Kohleausstiegsszenarien werden erwähnt und mit konkreten Maßnahmen verknüpft.	Der Ausbau des Erneuerbaren Energiesystems und ein Kohleausstieg werden erwähnt, aber es fehlen jährliche Ziele oder klare Ausstiegsszenarien.	Ambitionierte Ausbauziele fürs Erneuerbare Energiesystem, oder Ausstiegsszenarien für Kohle sind nicht gewollt.	Es werden im Wahlprogramm weder Ausbauziele für das Erneuerbare Energiesystem noch klare Ausstiegsszenarien aus Kohle erwähnt.	Ausbau; Ziele; Wind; PV; Wasserkraft; Kohle; Gas; Ausstieg; Planung; Fossil; Flächen; Flächenbereitstellung
3	Beteiligung und Teilhabe	Wird mit der Programmatik im Wahlprogramm die Mitwirkung an Energieprojekten und an der Energiepolitik gestärkt? Werden Teilhabe und Beteiligung als wichtige Elemente der Energiewende anerkannt und dazu konkrete Vorschläge gemacht? Geht es nur um Kommunen oder auch Bürger? Gibt es Landesgesetze für Beteiligung?	Im Wahlprogramm werden Teilhabe und Bürger:innenbeteiligung als wichtige Elemente der Energiepolitik und Energiewende bezeichnet, und es wird hierfür konkrete Maßnahmen vorgeschlagen wie dies gestärkt werden soll. Dies geht über rein monetäre Beteiligung hinaus und erkennt soziale und planerische Ebenen an.	Es wird allgemein von mehr Teilhabe und Beteiligung von der Bevölkerung an Energieprojekten und Energiepolitik geschrieben, aber konkrete Beteiligungsmöglichkeiten und –vorschläge werden nicht oder vereinzelt erwähnt.	Eine Stärkung der Teilhabe und Bürger:innenbeteiligung werden abgelehnt.	Beteiligung und Teilhabe werden im Wahlprogramm nicht erwähnt.	Planung; Beteiligungsverfahren; Prozessbeteiligung; Informationsmanagement; Akzeptanz; Energy Sharing; Energiegenossenschaften; Bürgerenergie; Gewinnbeteiligung bei Wind/PV; Bürgerforen; Einspeisevergütung; Partizipation

#	Kriterium	Leitfragen	Sehr gut	Befriedigend	Ungenügend	NA	Schlagwörter
4	Gerechte Energiewende (Solidarische Aufteilung von Kosten und Gewinnen)	Gibt es eine Idee für Aufteilung von Kosten der Energiewende? Abfederung von Härtefällen? Umlagen von Sanierungskosten? Neuausrichtung für faire Netzentgelte? Kredite/Schuldenaufnahme für Investitionen in Transformation gewünscht? Werden intersektionale Realitäten anerkannt (i.e.: (Energie-)Armut oder Identitätenbildung)	Das Wahlprogramm fordert eine gerechte Energiewende und macht mehrere konkrete Vorschläge, wie eine solidarische Aufteilung von Kosten und Gewinnen gestaltet werden kann. Darüber hinaus liegt ein komplexes Verständnis der Lebensrealität der Menschen zugrunde.	Die Bedeutung der gerechten Energiewende wird betont, aber es werden kaum konkreten Maßnahmen vorgeschlagen.	Es werden einzelne Maßnahmen genannt, die eine gerechte Energiewende und solidarische Aufteilung von Kosten und Gewinnen erschweren würden.	Konzepte der gerechten Energiewende werden nicht erwähnt.	Härtefälle; Energiekosten; Energiepreis; Kostenbelastung; Geringe Einkommen; (Energie) Armut; Entlastungen; Transformationsfonds; Identität/Akzeptanz; Flächengerechtigkeit; Solidarisch; Klimageld; CO2 Preis in Mietobjekten; Gesundheitsbelastung z.B. durch Verkehrsführung/Abgase; Gestaffelte Förderungen vs Giesskanne; Arbeitsplätze;
5	Umbau der Industrie in einer klimaneutralen Wirtschaft	Werden Strategien zur Erreichung einer klimaneutralen Industrie diskutiert (Elektrifizierung, Wasserstoff, CCU/S)? Ist erkennbar, dass Erneuerbare Energien im Vordergrund stehen? Gibt es konkrete regulatorische Ansätze für Förderungen und Maßnahmenvorschläge?	Das Wahlprogramm fordert einen Umbau der Industrie und Jobs in der klimaneutralen Wirtschaft und es werden dahingehend konkrete Vorschläge gemacht.	Es wird einen Umbau der Industrie und Jobs in der klimaneutralen Wirtschaft gefordert, aber in der Umsetzung bleibt das Wahlprogramm sehr unkonkret.	Der Umbau der Industrie und Jobs in der klimaneutralen Wirtschaft soll nicht oder nur mit geringem Tempo erfolgen.	Der Umbau der Industrie und Jobs in der klimaneutralen Wirtschaft wird nicht thematisiert.	Industrie; Elektrifizierung; Wasserstoff; Dekarbonisierung; Defossilisierung; Klimaneutral; Umbau; Arbeitsplätze; Zukunftstechnologien
6	Flexibles Strommarktdesign und Entgelte	Wird angeregt, dass wir ein neues und flexibles Strommarktdesign für EE brauchen? Werden konkrete Vorschläge gemacht? Wird eine Reform der Netzentgelte angedacht?	Das Wahlprogramm fordert einen Umbau des Stromsystems und macht konkrete Vorschläge, wie ein flexibler Strommarkt gestaltet werden kann.	Es wird allgemein von einem flexiblen Strommarkt geschrieben, aber ein konkretes Strommarktdesign wird nicht oder nur vereinzelt dargestellt.	Den Umbau des Strommarktdesigns wird abgelehnt bzw. es werden Maßnahmen genannt, die dieser entgegenwirken würden.	Die Gestaltung eines neuen, flexiblen Strommarktdesigns wird nicht erwähnt.	dynamische Strompreise; dynamische (Netz)Entgelte; neue Tarifmodelle; Stromtarife; Strommarktdesign; Flexibler Strommarkt; Flexible Nutzung; haushaltsnahe Flexibilitäten; Smart Meter; Digitalisierung (Verteilnetze)

#	Kriterium	Leitfragen	Sehr gut	Befriedigend	Ungenügend	NA	Schlagwörter
7	Progressive Wärmewende	Wird die Elektrifizierung und EE in der Wärmewende forciert (GEG, Sanierung, Kommunale Wärmeplanung, Gasausstieg)?	Die Chancen der Sektorenkopplung und das Forcieren von der Elektrifizierung und Erneuerbaren Energie in der Wärmewende wird erkannt, und hierfür werden konkrete Maßnahmen vorgeschlagen.	Die Sektorenkopplung wird erwähnt aber die Verknüpfung der Elektrifizierung, Erneuerbaren Energie und Wärmewende wird nicht durch konkrete Maßnahmen gefordert.	Es werden einzelne Maßnahmen genannt, die der Sektorenkopplung bzw. das Forcieren von Erneuerbarer Energie in der Wärmewende entgegenstehen würden.	Die Potenziale der Sektorenkopplung werden nicht erwähnt.	Wärmewende; Heizungskessel; Kommunale Wärmeplanung; Gebäudeenergiegesetz; Gasnetze; Gas; Gaspreise; Gasheizung; Ölheizung; Wärmepumpen; Geothermie; Fernwärme (-netze); Nahwärme(-netze); Gebäudesanierung; Sanierungspauschale; H2ready-Heizungen
8	Antriebs- und Treibstoffwende	Wird die Verkehrswende mit Blick auf Antriebs- und Treibstoffwende (Elektrifizierung, Wasserstoff, synthetische Brennstoffe) forciert?	Das Wahlprogramm fordert eine vollständige Antriebswende, was sich auch in einzelnen Maßnahmen widerspiegelt. Fossile Kraftstoffe sollen künftig im Verkehr keine Anwendung mehr finden.	Die Antriebswende wird erwähnt und Maßnahmen gefordert, welche diese unterstützen, jedoch weitestgehend unkonkret bleiben.	Eine Antriebs- und Treibstoffwende wird abgelehnt oder Maßnahmen ergriffen, welche dieser entgegenstehen würden.	Die Antriebs- und Treibstoffwende wird nicht erwähnt.	Elektrifizierung; Elektroautos; Elektrofahrzeuge; Ladeinfrastruktur; Ladesäulen; Brennstoffzelle; Wasserstoff; Verbrennungsmotor; Verbrennerverbot; Verbrenner-Aus; technologieoffen; Auto; Parkflächen

#	Kriterium	Leitfragen	Sehr gut	Befriedigend	Ungenügend	NA	Schlagwörter
9	Verkehrsverlagerung und – vermeidung	Wird die Mobilitätswende forciert u.a. mit Blick auf Vermeidung und Verlagerung (ÖPNV, Fahrrad, keine Autobahn) forciert?	Das Wahlprogramm fordert als Teil der Mobilitätswende eine Verkehrsverlagerung und -vermeidung. Dies spiegelt sich auch in konkreten Maßnahmen wieder. Fahrrad und öffentliche Verkehrsmittel werden gegenüber dem motorisierten Individualverkehr priorisiert	Ansätze zur Verkehrsverlagerung und/oder -vermeidung werden erwähnt, aber keine entsprechenden konkreten Maßnahmen gefordert.	Maßnahmen, die verkehr verlagern oder reduzieren würden, werden abgelehnt oder es werden Maßnahmen ergriffen, welche den motorisierten Individualverkehr auf der Straße Weiter stärken. Dem Autoverkehr wird hohe Priorität eingeräumt.	Die Verkehrsverlagerung oder -vermeidung wird nicht erwähnt.	ÖPNV; Nahverkehr; Bus; Bahn; Sharing; Schiene; Deutschlandticket; Schülerticket; Fahrrad; Radweg; Mobilitätsstation; Rufbus; P2R; R2P; Quartier/Stadt der kurzen Wege; 15-Minuten-Quartier; Provinznetz; Nahversorgung; öffentliche Infrastruktur; öffentlichen Infrastruktur;5G; Stadt-Land-Verknüpfung; autofrei; Vermeidung von Verkehr; Straßennetz; Straßenausbau; Tempolimit
10	Infrastruktur und Netze	Wird der Umbau der Gas- und Strom-Infrastruktur und der Netze thematisiert und werden Vorschläge gemacht? Werden Vorschläge genannt, die zum sicheren Betrieb eines Stromnetzes beitragen, in dem die Stromnachfrage zu 100 % aus Erneuerbaren Energien gedeckt wird?	Der geforderte Umbau der Gas- und Strom-Infrastruktur und der Netze ist ambitioniert und es werden konkrete Vorschläge gemacht.	Das Wahlprogramm fordert einen Umbau der Gas- und Strom-Infrastruktur, bleibt aber wenig ambitioniert oder nur vage bei den Vorgaben.	Es werden einzelne Maßnahmen genannt die dem Umbau der Gas- und Strom-Infrastruktur und der Netze entgegenwirken würden.	Der Umbau der Gas- und Strom-Infrastruktur der Netze wird nicht thematisiert	Versorgungssicherheit / sicherer Betrieb; Netzstabilität; Systemstabilität; Systemdienlich; Netzausbau(plan); Transformation des Stromnetzes; Dezentrale Erzeugung; Smart Grid; Flexibilitätsoptionen Erneuerbarer Energien; Sektorenkopplung; Power-to-X; Vehicle-to-grid;(Groß-) Speicher
11	Förderung von Grünem Wasserstoff	Wird Wasserstoff gezielt als Teil der Energiewende gesehen? Sollen Grüne Wasserstoffprojekte (lokale Erzeugung + Transportinfrastruktur) gefördert werden?	Im Wahlprogramm wird Wasserstoff gezielt als Teil der Energiewende anerkannt und hierfür sollen Projekte für die Erzeugung und Infrastruktur gefördert werden.	In einzelnen Bereichen wird Wasserstoff gezielt als Teil der Energiewende gesehen, aber konkrete Projekte werden nicht dargestellt.	Der Einsatz vom Wasserstoff als Teil der Energiewende soll verhindert werden.	Wasserstoff wird nicht gezielt als Teil der Energiewende thematisiert.	Grüner Wasserstoff; PtX; Synthetische Kraftstoffe; Methan; Speicher; Speichersystem; Pipelines; Infrastruktur; CCS/CCU; Blauer Wasserstoff

